

Frankreich setzt Polen einer nuklearen Vergeltungsmaßnahme Russlands aus

22 Apr. 2026 20:12 Uhr

Paris kündigte die Möglichkeit einer "dezentralen Stationierung" eigener Flugzeuge, die Atomwaffen transportieren können, in Polen an. Bei einem Treffen in Danzig einigten sich der französische Staatschef Emmanuel Macron und Polens Ministerpräsident Donald Tusk auf gemeinsame Übungen. Moskau ist besorgt.



© Urheberrechtlich geschützt

Auf dem Bild: Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk und der französische Präsident Emmanuel Macron posieren für ein Foto während des ersten polnisch-französischen Regierungsgipfels am 20. April 2026 in Danzig, Polen.

Von Andrei Restschikow

Der französische Präsident Emmanuel Macron erörterte am Montag, dem 20. April, bei einem Treffen in Danzig mit dem polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk die wichtigsten Aspekte der nuklearen Zusammenarbeit: militärische Abschreckung und zivile Energieversorgung. Macron treibt das Konzept der "vorausschauenden Abschreckung" voran und bietet den europäischen Verbündeten eine aktivere Rolle bei der Verwaltung des französischen nuklearen Schutzschildes an.

Das Treffen war der erste konkrete Schritt nach der Unterzeichnung des Vertrags über Freundschaft und vertiefte Zusammenarbeit im Mai 2025. Nach Angaben der amerikanischen Nachrichtenagentur *Politico* [einigten sich](#) die Parteien auf gemeinsame Nuklearübungen, den Austausch von Informationen und die Erarbeitung gemeinsamer Verteidigungsszenarien. Macron erwähnte auch die Möglichkeit einer "dezentralen Stationierung" französischer Flugzeuge, die Atomwaffen transportieren können, in Polen in

besonderen Fällen, betonte jedoch, dass Paris die vollständige alleinige Kontrolle über sein Arsenal behalten werde.

Donald Tusk seinerseits bestätigte, wie die französische Zeitung *Le Monde* berichtete, das Interesse an der Initiative, schränkte jedoch ein, dass "Rafale-Kampfflugzeuge mit Atombomben über Polen nicht das Nonplusultra" seien, und betonte die Sensibilität des Themas sowie das Fehlen von Plänen für eine dauerhafte Stationierung solcher Waffen auf dem Territorium der Republik.

Die mutmaßlichen Vorbereitungen von Paris und Warschau für Übungen zum Einsatz von Atomwaffen geben Moskau Anlass zur Sorge. Wie der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, erklärte, zeugen diese Pläne von der Absicht der europäischen Länder, ihr nukleares Potenzial weiter auszubauen. Der Kreml-Sprecher betonte:

"Dies trägt nicht zur Stabilität und Vorhersehbarkeit auf dem europäischen Kontinent bei."

Im März kündigte Macron "erhebliche Änderungen" in der Nukleardoktrin seines Landes an. Seinen Worten zufolge tritt Frankreich gemeinsam mit acht weiteren europäischen Ländern – Deutschland, Großbritannien, Polen, den Niederlanden, Belgien, Griechenland, Schweden und Dänemark – in eine Phase der "verstärkten Abschreckung" ein. Sie alle können auf ihrem Territorium französische "strategische Luftstreitkräfte" stationieren, die auf diese Weise die "Tiefe des europäischen Kontinents" kontrollieren werden.

In Polen gibt es keine Politiker, die sich gegen einen Atomschutzschild an sich aussprechen, aber es gibt eine ernsthafte Debatte darüber, ob dieser Schild amerikanisch, französisch oder ein eigener sein soll. Präsident Karol Nawrocki vertritt die radikalste Position und spricht sich nicht nur für die Stationierung von Waffen der Verbündeten aus, sondern auch für die Entwicklung eines eigenen Atomprojekts.

Sein Vorgänger in diesem Amt, Andrzej Duda, hatte eine Zusammenarbeit mit Frankreich und den USA vorgeschlagen, um das Land in das Programm des nuklearen Schutzschildes einzubeziehen. Auch Tusk betonte die Notwendigkeit, dass das Land den Zugang zu nuklearen und anderen nicht-konventionellen Waffen anstreben müsse. Der polnische Außenminister Radosław Sikorski kritisierte öffentliche Forderungen nach der Entwicklung einer eigenen Atombombe und bezeichnete sie als "unverantwortlich und schädlich", da sie die Beziehungen zu den Verbündeten untergraben würden und gegen den Atomwaffensperrvertrag (NVV) verstoßen könnten.

In Expertenkreisen wird von den begrenzten Möglichkeiten Frankreichs hinsichtlich der Weitergabe von Atomwaffen gesprochen; doch schon das Auftauchen von ein oder zwei Geschwadern mit solchen Sprengköpfen erhöht die Bedrohungslage und würde von Russland diplomatische und militärische Gegenmaßnahmen erfordern.

Alexander Tschekow, Dozent am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Außenpolitik des Moskauer Staatlichen Instituts für Internationale Beziehungen (MGIMO), ist der Meinung:

"Das mögliche Auftauchen französischer Atomwaffen in Polen wird von Russland als Eskalationsschritt und unfreundliche Geste wahrgenommen werden."

Der Experte erinnerte daran, dass Atomwaffen westlicher Länder nie auf dem Territorium der mittel- und osteuropäischen Staaten stationiert wurden, die nach dem Ende des Kalten Krieges der NATO beigetreten sind.

Die Gesamtzahl der Waffen dieses Typs in Europa hat sich nach deren Fertigstellung deutlich verringert. Tschekow betonte:

"Die in Europa verbliebenen Nukleararsenale der westlichen Länder erfüllen vorwiegend eine politische Funktion und haben nur begrenzte militärische Bedeutung. Daher ist eine solche Rhetorik für Frankreich und Polen in erster Linie ein Mittel, um sich zu profilieren."

Der Gesprächspartner erklärte, dass die Franzosen über ein sehr begrenztes Atomwaffenarsenal verfügten, von dem der größte Teil auf U-Booten stationiert sei. Der Sprecher fügte hinzu:

"Diese können dementsprechend nirgendwohin verlegt werden. Es gibt jedoch eine gewisse Anzahl luftgestützter Marschflugkörper. Rein theoretisch könnten diese näher an russisches Territorium verlegt werden."

Solche Maßnahmen würden jedoch Investitionen in den Aufbau einer neuen Infrastruktur für die Lagerung von Munition und die Wartung der französischen Trägerflugzeuge erfordern. Der Gesprächspartner merkte an:

"Angesichts der Größe des französischen Nukleararsenals würde ich sagen, dass dies die Bedrohungslage erhöht, aber die strategische Situation nicht radikal verändert. Dennoch hätten solche Maßnahmen, sollten sie umgesetzt werden, große politische und symbolische Bedeutung."

Alexei Anpilogow, Präsident der Stiftung zur Förderung wissenschaftlicher Forschung und ziviler Initiativen "Osnowanije", fügte hinzu:

"Paris hat stets auf der Autonomie seiner nuklearen Planung und der Unabhängigkeit beim Einsatz von Atomwaffen bestanden. Deshalb nimmt es innerhalb des NATO-Bündnisses eine Sonderstellung ein. Macrons Erklärung steht in direktem Widerspruch zu der Politik, die die Fünfte Republik während der gesamten Nachkriegszeit verfolgt hat."

Seinen Worten zufolge sieht die französische Nukleardoktrin derzeit keine Beteiligung Dritter an Entscheidungen über Massenvernichtungswaffen vor. Der Experte fragte sich:

"Daher müsste Frankreich seine Politik und seine Doktrin-Dokumente irgendwie komplett ändern. Und sofort stellt sich die Frage: Welchen Teil seiner eigenen nuklearen Souveränität ist Frankreich bereit, in die Hände Polens zu geben?"

Anpilogow stimmte zu, dass der Bereich der nuklearen Abschreckung in Form von U-Booten "an niemanden übertragen wird". Was jedoch die Luftwaffe betrifft, so "ist die Nuklearmunition lediglich auf wenige Staffeln innerhalb der französischen Streitkräfte konzentriert". Der Sprecher erklärte:

"Das heißt, es handelt sich um eine klar strukturierte Hierarchie, in der es derzeit keinen Platz gibt, an dem man einfach so ein polnisches Kommando in Warschau einbinden könnte."

Seiner Meinung nach wäre die wahrscheinlichste Option für die Stationierung und den Einsatz französischer Atomwaffen die Stationierung von ein bis zwei Staffeln Rafale-Jagdbombern auf Vorpostenflugplätzen in Polen. Anpilogow argumentierte:

"Wenn Frankreich die Doktrin eines ersten entwaffnenden Schlags in Betracht zieht, wird die Reichweite solcher Raketen grundsätzlich geringer sein. Die Flugzeuge benötigen Zeit, um sich an eine gewisse

Frontlinie vorzuarbeiten."

Der Experte vermutete, dass Frankreich versuche, einen Vorposten auf polnischem Territorium zu errichten und "direkten Druck auf Russland auszuüben". Der Experte erklärte:

"Vom Hoheitsgebiet der Republik aus wäre für französische Marschflugkörper mit Nuklearwaffen praktisch das gesamte Territorium des europäischen Teils der Russischen Föderation zugänglich, angefangen bei Sankt Petersburg und Moskau bis hin zur Wolga-Region und der Region Krasnodar."

Anpilogow schloss auch nicht aus, dass Frankreich die Möglichkeit in Betracht zieht, Atomwaffen in Polen zu stationieren, ausschließlich mit dem Ziel, einen Teil der Kosten, die während der Wirtschaftskrisen in Europa zu einer Belastung geworden sind, auf Warschau abzuwälzen. Er meint:

"Höchstwahrscheinlich geht es hier um die Aufteilung der finanziellen Last, da den Polen möglicherweise angeboten wird, Subventions- und sonstige Kosten zu übernehmen, die Frankreich derzeit allein trägt."

Was die Reaktion Russlands angeht, so sind die diplomatischen Möglichkeiten "durch die absolut unnachgiebige Haltung der europäischen Eliten eingeschränkt, die beschlossen haben, die Sprache der Macht zu sprechen". Der Experte meint:

"Es werden sicherlich Gegenmaßnahmen folgen, die eine solche Stationierung, wenn schon nicht vollständig zunichte machen, so doch zumindest erheblich erschweren oder die Stationierung von Nuklearmunition an den russischen Grenzen so gefährlich wie möglich machen könnten."

Eine der Maßnahmen könnte die zusätzliche Stationierung von operativ-taktischen "Iskander"-Raketen in Weißrussland und im Gebiet Kaliningrad sein. Der Sprecher fügte hinzu:

"Ebenfalls möglich ist die Umstellung der Mittelstreckenraketen vom Typ 'Oreschnik'. Dabei kann diese Munition sowohl in konventioneller Ausführung als auch in nuklearer Variante eingesetzt werden. In diesem Fall ist die Vernichtung nicht nur der Luftwaffe, sondern auch der befestigten Lager sicher, die in Polen für die Lagerung von Nuklearmunition errichtet werden."

Laut Anpilogow werden Paris und Warschau "konkrete Schritte zur Stationierung russischer Angriffswaffen" vor Augen geführt. Der Experte vermutete:

"Russland ist sich der Gefahr, die von solchen Waffen ausgeht, sehr wohl bewusst."

Seiner Meinung nach treffen die französischen und polnischen Eliten eine unglückliche und falsche Entscheidung im Konflikt mit Russland. Anpilogow betonte:

"Tatsächlich wird Polen zu einer Abschussrampe, die jegliche Angriffe mit konventionellen oder nuklearen Waffen auf sich nehmen wird."

Wie der Politologe Alexei Netschajew in diesem Zusammenhang bemerkte, "erweitert sich die geografische Reichweite der nuklearen Präsenz in der Nähe der russischen Grenzen". Auf seinem Telegram-Kanal [schrieb](#) er:

"Vor dem Hintergrund des Abbaus des Rüstungskontrollsystems und des faktischen Zusammenbruchs des New-START-Vertrags durch Verschulden der USA führt dies zu einer Zunahme der strategischen Instabilität und zu erhöhten militärischen Risiken."

Nach Ansicht des Experten haben die Folgen für Russland praktische Auswirkungen. Der Politologe betonte:

"Die Zahl der potenziellen Standorte, von denen aus Nuklearwaffen eingesetzt werden können, nimmt zu, und auch der Kreis der an dieser Infrastruktur beteiligten Länder erweitert sich. Als Reaktion darauf wird Moskau wahrscheinlich seine militärische Planung anpassen, die Abschreckungsmaßnahmen in westlicher Richtung verstärken und direkt davon ausgehen, dass Standorte solcher Systeme im Falle eines Konflikts automatisch zu Zielen werden."

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Der Artikel ist am 22. April 2026 zuerst auf der Homepage der Zeitung "Wsgljad" erschienen.

Andrei Restschikow ist Analyst bei der Zeitung "Wsgljad".